

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.12.2018

Hinsichtlich Planung von zwei zusätzlichen ebenerdigen, barrierefreien Querungsmöglichkeiten der Eschersheimer Landstraße für Fuß- und Radverkehr hat sich die AfD-Stadtverordnete Hildegard Hübner lediglich pro dem Übergang im Kreuzungsbereich Marbachweg / Am Dornbusch ausgesprochen. Kaum, dass der letztendlich 4,5 Mio. Euro teure obere Abschnitt Eschersheimer Landstraße fertiggestellt sei, welcher bei Anwohnern, Gewerbetreibenden sowie Verkehrsteilnehmern einen langen Zeitraum hinweg extreme Einschränkungen mit sich gebracht habe, sei erneut ein überdimensionierter Eingriff in die Verkehrsführung vorgesehen. Ist das ein Vorhaben davon noch sinnvoll und in überschaubarem Maße störend, so trifft dies auf den anvisierten Übergang am Sinai-Park - Kiimsch-Anlage, dem Steckenpferd von Frau Heilig, in keinsten Weise zu. „Es ist wiederum mit jahrelangen Behinderungen der Verkehrsteilnehmer Stadt ein- und auswärts zu rechnen“, so Hübner. „Und das für einen Übergang, der so notwendig ist, wie ein Kropff!“ Die Kreuzung solle letztlich nur den Radfahrern zugutekommen. Und auch hier dürften sich die Kosten am Ende sehen lassen. Bereits jetzt seien die Kosten auf über eine Million aufwärts korrigiert worden mit Luft nach oben, wie die Erfahrung zeige.

„Da werden wieder Millionen für eine unnötige Maßnahme verplempert, während die Schulen weiter im Sanierungsstau stecken“, schloss die AfD-Stadtverordnete.

Nachtflugverbot während der Fußball EM 2024 zeitweise auszusetzen? Nicht mit der AfD.

Dass die AfD im Römer es ablehnt, das Nachtflugverbot während der Fußball EM 2024 zeitweise auszusetzen, begründete der AfD-Stadtverordnete Reinhard Stammwitz mit der eindeutigen Rechtswidrigkeit dieses Ansinnens. Grundsätzlich handele es sich beim sog. ‚Nachtflugverbot‘ um eine Mogelpackung, weil es ohnehin auf weniger als die gesetzlichen Nachtruhezzeiten abstelle. So sei nur in der Kernnacht fünf Stunden Ruhe garantiert. Ausnahmen hätten sich auf ganz wenige - klar geregelte - Fälle zu beschränken, so Stammwitz. Zudem gebe es Flüge im besonderen öffentlichen Interesse. Diese müssten einzeln geprüft und genehmigt werden. „Hierfür ist während der EM 2024 weder ein öffentliches und schon gar kein besonderes öffentliches Interesse zu erkennen“, fuhr der AfD-Stadtverordnete fort.



Informieren Sie sich.

Besuchen Sie die Bürgersprechstunden der AfD-Fraktion im Römer.

AfD-Fraktion im Römer, Bethmannstr. 3, Frankfurt am Main

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.12.2018

„Die Prognosen, die bei der Genehmigung zum Bau der neuen Landebahn erteilt wurden, haben sich in jeder Hinsicht als zu optimistisch erwiesen. Auch die veranschlagten Lärmwerte werden signifikant überschritten. Verantwortlich für die dilettantische Fehlplanung sind vor allem die damaligen Regierungsparteien CDU und FDP. Umso trauriger, dass nun ausgerechnet der CDU-Sportdezernent das Vorhaben initiiert und die FDP mit ihrem eigenen Antrag auch noch draufsaftelt! Welche eine Dreistigkeit!“, betont Stammwitz. Es gebe zahlreiche Lärmwirkungstudien, die allesamt belegten, dass vor allem von Fluglärm erhebliche Gesundheitsgefahren ausgingen. In Anbetracht dieses Forschungsstandes ist es geradezu zynisch, das strikte Flugverbot für die Kernnacht aussetzen zu wollen, sagte der AfD-Stadtverordnete.

Zuzugstop für Asylanten und unbegleitete Minderjährige beim Land Hessen vereinbaren!

Frankfurt muss ein Zuzugstop für Asylanten und unbegleitete Minderjährige beim Land Hessen vereinbaren, um der Zukunft gegenüber gewappnet zu sein, forderte die AfD-Stadtverordnete Monika Krause. Das Auswärtige Amt habe bereits bestätigt, dass der in Marrakesch unterschriebene Globale Migrations- und Flüchtlingspakt politisch bindend sei. „Der Rechtsanspruch der Einwanderer auf Versorgung, wird in Zukunft eine zusätzliche finanzielle, wie gesellschaftliche Aufgabe der Stadt Frankfurt werden“, sagte Krause. Frankfurt müsse bereits jetzt durch den Verteilungsschlüssel eine hohe Anzahl zugeteilter Asylbewerber versorgen. Seit 2014 seien Frankfurt über 7000 Asylbewerber und 366 unbegleitete Minderjährige zugewiesen worden. Davon wohnten 4.585 in 85 Unterkünften und 130 Wohnungen, welche über das gesamte Stadtgebiet verteilt seien. „2.600 asylberechtigt, oder haben subsidiären Schutz. Was bedeutet, sie können eine Wohnung beziehen. Frankfurt sucht dringend Asylunterkünfte und ist bereits gezwungen, provisorische Unterkünfte in der Stadt zu eröffnen“, fuhr die AfD-Stadtverordnete fort. Eine davon befinde sich seit März in Bockenheim im Inneren des Labsaals. Seit Juli in Unterliederbach in einer Sport-, Kulturhalle, die eigentlich saniert werden sollte. Geplant seien bis Ende des Jahres Unterkünfte in Schwanheim und Harheim. „Gleichzeitig stehen in Frankfurt fast 9.300 Haushalte, mit rund 22 000 Menschen auf der städtischen Warteliste, um eine der begehrten Sozialwohnungen zu erhalten. Günstiger Wohnraum ist in Frankfurt dermaßen rar, dass Berufstätige wie etwa Altenpfleger, Krankenpflegepersonal, Rettungsdienst, Verkäufer, Feuerwehr, Polizei - um nur einige zu nennen - gezwungen sind, zwischen Frankfurt und ihren Wohnorten zu pendeln“, stellte die AfD-Stadtverordnete fest. Zusammenfassend bedeute dies für die Zukunft Frankfurts, die Stadt müsse in größerem Maße zusätzlich Wohnraum, Kindergarten und Schulplätze schaffen, wie auch den öffentlichen Nahverkehr ausbauen.

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter

www.stvv-frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich.

Nächster Sitzungstermin: **31. Januar 2019**

Anmeldung unter: einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Bürozeiten der Fraktionsgeschäftsstelle
Montag - Donnerstag 10 - 15 Uhr

Mail: info@afd-im-roemer.de

Tel.: 069 - 212 46 222

Internet: www.afd-im-roemer.de

IMPRESSUM

AFD-Fraktion im Römer
Bathmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
Dr. Dr. Rainer Rahn (Fraktionsvorsitzender)

Alternative
für
Deutschland